

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Zeile
45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 43

Donnerstag, den 11. Dezember 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Einquartierung nach eigenem Belieben. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus Mainz erschien dieser Tage auf dem Mainzer Rathaus ein

französischer Offizier, annullierte den ganzen Wohnungs- und Verteilungsplan der Stadtverwaltung und erklärte in höherem Auftrage, daß die Militärverwaltung die Einquartierungsfrage ganz nach eigenem Belieben regeln würde, und zwar ohne Stadt und Bürgerschaft zu fragen. Dieses Vorgehen der französischen Gewalttäter wird von ihnen damit begründet, daß die Bürgerschaft den französischen Quartierwünschen fortgesetzt Widerstand entgegensetze. Wenn damit, so bemerkt das Blatt, die Erbitterung über die Maitresenwirtschaft der Franzosen in den Räumen anständiger Mainzer Familien gemeint ist, haben die Herren nicht unrecht.

Anstalt und flüchtig sollst Du sein. Wie unter dem Sozialistengesetz, so ist es auch heute wieder üblich, die Vertrauensleute des Proletariats von Ort zu Ort zu jagen. Im Kreise Pleß hat der Landrat sämtliche Mitglieder des Arbeiterrates, die nicht im Abstimmungsgebiet geboren sind, aufgefordert, sich außerhalb des Abstimmungsgebiets Wohnung und Arbeit zu besorgen und nicht erst zu warten, bis sie ausgewiesen würden.

Eine bequeme Art, sich der Arbeiterräte zu entledigen. In Oberhessen des Herrn Hörsing sind Revolutionäre vogelfrei.

Sam Tode verurteilt. Wegen Raubmordes verurteilte das außerordentliche Kriegsgericht Hamburg den Hafenarbeiter Ros und den Fischer Ahrens, beide aus Hamburg gebürtig, zum Tode, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Die Genannten haben am 3. September auf dem Gelände des Bahnhofs Tiefstaal zwei Beamte der Wasserbauinspektion, die eine Riste mit 75 000 Mark Lohngeldern trugen, überfallen und durch Revolvergeschüsse tödlich verletzt.

Deutsche Kriegsgefangene streifen. Wie die Frankfurter Ztg. erfährt, hat eine eintägige Arbeitseinstellung, von der die französische Presse keine Kenntnis nahm, der Kriegsgefangenen im Lager von Charleville statgefunden.

Teures Wasser. Drei eiserne Fässer mit Wasser statt mit Spirit lieferten zwei Schieber, der Schlosser Sppler und der Kaufmann Rawinski an die Branntweimbrennerei Degen in Nordhausen. Den Kaufpreis im Betrage von 92 000 Mark erschieden sie sich durch einen Duplikatschreiben. Die Strafkammer zu Mannheim verurteilte beide Schieber zu je fünf Jahren Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

Tschecho-Slowakischer Sozialistenkongress. Aus Prag wird berichtet: Der Kongress der tschecho-slowakisch-sozialistischen Partei eruchte in einer Entschließung die Regierung, wenn sie auf die Unterstützung der tschecho-slowakisch-sozialistischen Partei rechnen will, ohne Verzug eine Verordnung des Gesamtministeriums zu erlassen, welche nicht nur den Schutz des Rechtes auf Arbeit und der Koalitionsfreiheit enthalte, sondern auch die Möglichkeit sichern würde, für die Besserung der Existenzbedingungen und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller arbeitenden Schichten des Volkes zu kämpfen.

Auch das noch! Während unter dem Eindruck des Prozesses Marloh sogar die Heilmannsche Korrespondenz zu der Forderung kommt, der Prozeß gegen die Mörder Liebnichts und Rosa Luxemburgs müsse noch einmal nachgeprüft werden, um die „einmütige Mitleid“ von damals aufzudecken, ist der Freiheit die Mitteilung geworden, daß gerade in diesen Tagen das Urteil unter Ausschluß des Urteils gegen Bogel bestätigt worden sei.

Monatelang zerbrachen sich die Behörden den Kopf, wem das Bestätigungsrecht in diesem Falle zustehe, niemand wollte anfangs die Verantwortung für die Bestätigung des Urteils tragen. Diesem Zustand soll Noske ein Ende gemacht haben, indem er das Urteil bestätigte.

Die Freiheit verlangt schleunige Aufklärung darüber, ob die Regierung die Ungehörlichkeit gewagt hätte, das Schandurteil durch Noske bestätigen zu lassen.

Reinhard wird nicht entlassen! Wie bürgerliche Blätter aus Berlin berichten, hat Noske im Gespräch mit Mitgliedern der Nationalversammlung sich über den Prozeß Marloh dahin geäußert, daß das Ergebnis der Gerichtsverhandlung über die Beschuldigungen gegen den Obersten Reinhard für ihn eine Entlassung, Reinhard's „nicht rechtfertigen“ könne.

Was ist doch dieser Noske für eine unschätzbare Werbestraft für die Unabhängige Sozialdemokratie.

Die Pariser Stichwahlen. Die 25 Stichwahlen für die Pariser Gemeinderäte ergaben 15 Gouvernmentale, drei Radikale, einen Linkrepublikaner und sechs Sozialisten. Die Sozialisten haben vier neue Sitze gewonnen. Die Stimmbeteiligung der Bürgerlichen war schwach.

Keine Arbeit und keine Unterstützung. Die Arbeitslosen-Unterstützungen sind in England tatsächlich eingestellt worden. Hundertdreißigtausend Arbeitslose haben keine Unterstützungen erhalten. In Sheffield sind es Sechzehntausend. Sie veranstalteten große Demonstrationen, an einem Tag wanderten sie in einer großen Prozession um die Häuser der Wohlhabenden. In Glasgow warnten die Arbeitslosen die Regierung, „daß die Arbeiterklasse nicht ruhig dem Hungertod von Tausenden von Familien als einer Folge der Arbeitslosigkeit zusehen würde“. Sie verlangten Arbeit oder Unterstützung.

Im Stadtrat von Coventry erklärte das Mitglied der Arbeiterpartei, Fräulein Arnold, daß Hunderte der Arbeiterklasse letzten Sonntag ohne Mittagessen fortgegangen seien, aber daß sie das nicht ein zweites Mal tun würden. „Ich äußere das nicht als Drohung, sondern als Warnung.“ Einzelne Arbeiterorganisationen regen den allgemeinen Streik an, wenn diese einfachste Forderung nicht bewilligt werde.

Die Gewerkschaften bemühen sich inzwischen, die größte Not zu mindern. Gleichzeitig suchen sie natürlich die Regierung zu beeinflussen, daß sie ihre Beschlüsse aufhebt oder Arbeit schafft.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5. Verhandlungstag

Nachmittags-Sitzung.

Leipzig, den 5. Dezember 1919.

Erst gegen 7 1/2 Uhr abends werden die Verhandlungen des Parteitages wieder aufgenommen, nachdem die gegenseitigen Besprechungen fast den ganzen Tag in Anspruch genommen hatten. Vorsitzender Braß eröffnet und teilt mit, daß die Resolutionen Hilferding und Ledebour zurückgezogen sind nicht mehr zur Debatte stehen. Dagegen liegt eine neue Resolution von Parteileitung und Kontrollkommission vor, sowie die Resolution Stoecker. Genosse Braß verliest die neue Resolution. Sie lautet:

„Der Parteitag erklärt als eine der wichtigsten Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Zusammensetzung des gesamten revolutionären Proletariats in einer tatkräftigen revolutionären sozialistischen Internationale.“

Erste Voraussetzung einer aktionsfähigen Internationale ist die rücksichtslose Führung des proletarischen Klassenkampfes unter Ablehnung jeder Politik, die lediglich Reformen innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates erstrebt.

Der Parteitag beschließt daher die Absage an die zweite Internationale, womit für die U. S. P. D. jede Beteiligung an der für Genf geplanten Konferenz ausgeschlossen wird. Die U. S. P. D. ist mit der dritten Internationale darin einverstanden, durch die Diktatur des Proletariats auf Grund des Rätesystems den Sozialismus zu verwirklichen. Es muß eine aktionsfähige proletarische Internationale geschaffen werden durch Zusammenschluß unserer Partei mit der dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder.

Deshalb beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit allen diesen Parteien in Verbindung zu treten, um diesen Zusammenschluß herbeizuführen und so mit der dritten Internationale eine aktionsfähige, geschlossene, proletarische Internationale zu ermöglichen, die in dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus eine entscheidende Wende für die Weltrevolution sein wird.

Parteileitung und Kontrollkommission.“

Genosse Crispian begründet die Resolution. Er charakterisiert kurz die drei Richtungen, wie sie sich in den drei Resolutionen ausgedrückt haben. Die zweite Internationale kommt für niemand von uns in Betracht, ebensowenig eine Beschickung des Genfer Kongresses. Wir haben im Aktionsprogramm zum Ausdruck gebracht, daß mit allen Halbheiten und Unklarheiten des Märzprogramms aufgeräumt ist. Diese Tatsache wird auch im Ausland mit Beifall begrüßt werden. In Deutschland hat die Politik der Rechtssozialisten Schiffbruch erlitten und die Partei ist mit in die Katastrophe hineingezogen worden. Die Kommunisten haben ebenfalls nicht erreicht, was ihnen vorschwebte. Crispian versichert unter lebhafter Zustimmung des Parteitages, daß er sich jederzeit gegenüber dem Bürgertum in aller Öffentlichkeit mit den Kommunisten solidarisch erklärt hat und erklären wird. Die Partei brauche Geschlossenheit, weil in Deutschland die Reaktion vor Taten steht, die das letzte von uns verlangen können zur Abwehr. Dieser Parteitag hat die schwere Verantwortung vor der ganzen Internationale, uns kampffähig zu machen und zu erhalten. Wir fühlen uns solidarisch mit Sowjet-Rußland. Wir können unseren Genossen in Rußland keinen Dienst leisten mit unserm bloßen Anschluß, wir müssen auch darauf sehen, daß wir in Deutschland die Reaktion bekämpfen. (Sehr richtig.) Damit erweisen wir Rußland einen Dienst. Deshalb müssen wir die vorgelegte Resolution der Parteileitung annehmen. Die Parteileitung hat alles nur Mögliche getan, um mit den Genossen aller Länder in Verbindung zu treten. Diese Bemühungen sollten nicht gestört werden. Darum empfiehlt die Parteileitung und die Kontrollkommission auszusprechen, daß eine wirklich aktionsfähige Internationale geschaffen wird von allen revolutionären Parteien. Wir wollen keine vierte Internationale gründen, wir wollen mit der dritten Internationale die neue Internationale gründen. Gehen die anderen Parteien nicht mit, so werden wir, durch Parteitagsbeschlüsse gebunden, uns der dritten Internationale anschließen. (Lebh. Beifall.) So einmütig wir uns durch unser Programm zusammengefunden haben, so bitte ich Sie, auch hier einmütig den Beschluß zu fassen. (Lebh. Beifall.)

Däumig-Berlin: Es sollte wohl kaum einen in diesem Kreise geben, dem es nicht bewußt wäre, daß es sich bei diesem Beschluß nicht um eine parteipolitische, sondern um eine weltpolitische Frage handelt. Man kann diese Frage nicht nur aus der Organisationsperspektive betrachten, er kann dabei auch nicht mit Rücksicht genommen werden auf die zufälligen Richtungen in der Partei, noch weniger auf die parteipolitische Empfindsamkeit (Beifall). Wer in diesen leidenschaftlichen bewegten Kämpfen des Tages

sich von Empfindlichkeiten leiten läßt, der versteht nicht, sich in diese Zeiten hineinzuwenden. (Lebhafter Beifall.) Unsere Stellung kann sich doch nur vollziehen unter der Parole: Für die Weltrevolution! Gegen die Weltreaktion! Auch hier muß streng die Scheidung vollzogen werden zwischen Reformsozialismus und revolutionärem Sozialismus. Die Weltrevolution ist akut geworden in den Märztagen 1917, als die russische Zarentrone auf das Pflaster rollte. Sie geht hier schneller, da langsamer vor sich, ist aber auf dem Marsche. Sie holt sich die Träger der Weltrevolution als Opfer. Das sichtbare Merkmal für die Hilfe in Sowjetrußland ist nach meiner Meinung ein sofortiges einmütiges Bekenntnis zur dritten Internationale (Lebhafter Beifall). Unser Beschluß würde in England und anderswo wie ein Ganak wirken. Zeigen Sie durch die Tat, daß Sie Ihre Gegnerschaft zum Völkerbund auch durch Ihren Anschluß an die dritte Internationale zum Ausdruck bringen. Die Fragestellung ist entweder mit und für oder gegen die Volksgewalten. Es ist hier viel gegen die Volksgewalten geredet worden und diese Reden beschatteten die Reden Crispians. Die Kerntruppe dieser dritten Internationale war die erste, die den Friedensruf erschallen ließ und ihn verwirklicht hat. Sie war es, die im heroischen Kampfe den Sozialismus zu verwirklichen suchte. Däumig wendet sich gegen die Ausführung der Freiheit in der heutigen Morgenausgabe, die eine weitere Verschleppung bedeuten. Die Entscheidung ist leider schon getrieben durch das Drum und Dran des Tages. Für mich bleibt nichts anderes übrig, als mich auf den Boden der Resolution Stoecker zu stellen und ich bitte den Parteitag, daselbe zu tun. (Beifall.)

Rosenfeld-Berlin: Die Verhandlungen haben zu einer Klärung geführt. Wir wollen sein und sind eine revolutionäre Partei: Klar in der Politik im Innern, klar in der internationalen Frage, müssen wir die Massen um uns scharen. Ich bin gewiß nicht für Vertuschung der Gegensätze, aber man soll sie auch nicht vergrößern. Es steht ja ausdrücklich in der Resolution, daß Verhandlungen mit der dritten Internationale erfolgen sollen. Wir bekennen uns in der Resolution zu den Grundsätzen der dritten Internationale. Wenn es nicht gelingt, mit den anderen Parteien zusammenzugehen, so gehen wir allein zur dritten Internationale. Rosenfeld wendet sich gegen Däumigs Forderungen, sofort den Anschluß zu vollziehen, stimmt aber Däumigs Ausführungen gegen den Völkerbund zu. Nach dem Parteitag gilt es zu handeln und wenn wir die Parteileitung so zusammensetzen, daß sie unsere Beschlüsse konsequent durchführt, dann wird unser Beschluß auch zur Tat werden. Ich glaube die Schauermärchen aus Rußland nicht, dem die Nachrichten sind so widerspruchsvoll. Aber wäre es wirklich möglich, daß eine kleine Minderheit sich solange gegen die ganze Welt erhalten könnte? Rosenfeld verliest ein Zitat von Dinowitsch, der sich für den Zusammenschluß aller Parteien ausspricht, die auf dem Boden der Diktatur stehen. Wir gehen durchaus den rechten Weg, wenn wir dem Vorschlag der Parteileitung folgen. (Lebhafter Beifall.)

Leopold-Beiz gibt im Namen der Delegierten des holländischen Bezirks die Erklärung ab, daß sämtliche 29 Delegierte für die Resolution Stoecker stimmen würden. Die Arbeiterschaft hat sich sehr ernst mit dieser Frage befaßt und folgt keineswegs dem Diktat einiger Führer. Eine Internationale der Tat muß geschaffen werden, eine, die auch wirklich was zu erreichen in der Lage ist. Wir wollen keineswegs bedingungslos nach Moskau gehen, davon steht in der Resolution Stoecker nichts. Wenn der Parteitag nicht einen ganz energischen Schritt auf diesem Wege macht, werden die Arbeiter im Lande stutzig werden. Vorwärtsdrängen, das ist unsere Aufgabe. Stimmen Sie für die Resolution Stoecker. (Lebhafter Beifall.)

Dihmann-Frankfurt: Wir wollen keine Internationale, die allemal zusammentritt. Die Streitfrage ist die: Wollen wir den direkten Anschluß an Moskau oder wollen wir mit der dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder eine Internationale bilden. Darin liegt auch der Unterschied der beiden Resolutionen? Unsere Pflicht muß darin bestehen, die sozialrevolutionären Parteien aller Länder heranzuholen und diese für die Unterstützung Sowjet-Rußlands gegenüber der Weltreaktion zu gewinnen. Ledebour hat dargelegt, daß wir nicht eingeladen waren zur Gründungsversammlung der dritten Internationale, wir würden lebenswichtig tituliert von den deutschen Kommunisten. Das deutsche revolutionäre Proletariat ist in seiner großen Masse zu uns gekommen. Ich lehne es ab, den Bau, an dem ich mitgewirkt habe, bei aller Kritik in Mißkredit zu bringen. Wir werden bei der Gewerkschaftsfrage darüber reden müssen, daß uns die Syndikalisten die deutschen Gewerkschaften zertrümmern und das werden wir energisch ablehnen müssen. Ich will den Syndikalismus national bekämpfen und international mit ihm Gemeinschaft machen? Ich fühle die Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen. Man kann die französischen und italienischen Syndikalisten nicht mit den deutschen Gewerkschaftszerrümmern zusammenwerfen. Sie sind die anerkannten Gewerkschaften ihrer Länder. Deshalb müssen wir international mit ihnen zusammenstehen. Werden wir, anstatt den einfachen Anschluß an Moskau zu vollziehen, selbst die Initiative ergreifen, dann werden wir in der Internationale eine Stellung einnehmen, die der Größe unserer Partei entspricht. Unsere historische Aufgabe ist, die Bruderhand Moskau und den revolutionären Parteien des Westens hinzuzureichen, getreu dem

Wahlpruch: Proletarier aller Länder vereint Euch! (Stürm. Beifall)

Genossin Braunthal-Berlin: Die Ausführungen des Gen. Dismann haben ganz klar den deutschnationalen Geist gezeigt, der sich ausdrückt in den Worten „Deutschland in der Welt voran!“ (Lebh. Widerspruch!) Trotzdem wir unsere eigenen Beschlüsse nicht befolgt haben, wollen wir uns den anderen Parteien gegenüber als die Lehmeister aufspielen. Mit der Annahme der Resolution Stoecker ist nicht gesagt, daß wir alle Methoden der Bolschewiki billigen. Die russischen Sozialisten sind von uns ja nicht das erste Mal enttäuscht worden. Genossin Braunthal verweist auf den Marsch der Deutschen auf Petersburg. Jetzt haben wir eine Gelegenheit, den Russen unsere Unterstützung zu leisten. Durch unseren Anschluß an die dritte Internationale schaffen wir eine klare Situation auch in den Entente-Ländern. Gerade die Frauen waren es, die 1915 zum ersten Mal die revolutionäre Internationale wieder errichteten. Ich fordere Sie auf, konsequent Ihre Entscheidung zu treffen und die Resolution Stoecker anzunehmen. (Beifall)

Genossin Ziegler-Berlin fragt die Genossin Braunthal, ob es denn ein Verbrechen sei, wenn man die Initiative zur Schaffung einer revolutionären Internationale ergreift. Ja, ich habe nichts dagegen, wenn es im revolutionären Sinne heißt: Deutschland in der Welt voran! (Lebh. Beifall) Es ist für das Schicksal der Internationale von größter Bedeutung, nicht nur nach Moskau zu gehen, sondern auch die revolutionären Parteien der entwickelten Westmächte zu erfassen. Wir sind von größter Sympathie erfüllt für den Kampf unserer russischen Genossen. Wenn wir hier glatt beschließen den Anschluß an Moskau, so ist das jedenfalls nur eine schöne Geste. Wenn wir aber unsere Bemühungen fortsetzen, mit Moskau und den revolutionären Parteien der anderen Länder zusammenzukommen, so ist das die erste internationale revolutionäre Tat. Wir dürfen die Resolution der Parteileitung nicht nur annehmen, wir müssen auch diesen Weg fortsetzen. Die äußeren Schwierigkeiten haben es gehindert, daß wir noch nicht weiter sind als heute. Genossin Ziegler beweist, daß es auch der Genossin Zettin, gewiß eine glühende Vertreterin der Internationale, nicht möglich ist, die längst geplante internationale Frauenkonferenz zustande zu bringen. Aber auch diese Schwierigkeiten werden zu überwinden sein. Wir sind der Meinung, daß viel weniger Schwierigkeiten nach Westen bestehen und wenn die revolutionäre Entwicklung vor sich geht, es unsere Pflicht ist, auch gleichzeitig mit den westlichen sozialistischen Parteien zusammen zu streben. Diese Internationale muß eine Internationale der Tat sein, die die Weltrevolution vorwärts treibt.

Fraunkevicz-Bremen begründet einen Antrag auf Schluß der Debatte. Adolf Hoffmann-Berlin widerspricht diesem Antrag. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Politische Mundschau

Deutschland

6)

Der Marloh-Prozess

Vor Beginn der Plädoyers wird am Montag noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten. Es scheint an gewissen Stellen noch das Bedürfnis zu herrschen, die Volksmarine-Division im Lichte der Deffentlichkeit herabzusetzen. Diesem Zweck dient zunächst die Aussage des Intendanturrates Dr. Bongartz und eines weiteren Intendanturbeamten Hollmann. Es kommt zur Sprache, daß der Kriminalbeamte Kirschbaum von den erschossenen Zahlmeistern behauptet habe, sie hätten bolschewistisches Geld aus Rußland auszahlen wollen. Das hätte die Polizei durch tagelange Beobachtungen festgestellt. Dr. Bongartz hat diese Anschuldigungen geglaubt. Es ist bezeichnend, in wie leichtfertiger Weise die höheren Beamten derartiger Verleumdungen zugänglich waren. Oberkriminalwachmeister Kirschbaum, der von dem Intendantursekretär Hollmann wieder erkannt wird, gibt zu, daß er mit ihm ge-

sprochen hat, kann sich aber auf den Inhalt des Gesprächs absolut nicht erinnern. Diese Bergeglücklichkeit ist so kennzeichnend, daß sich selbst der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Welt, zu dem Ausruf veranlaßt sieht, es sei auffällig, an welchem kolossalem Gedächtniswund die Zeugen in diesem Prozeß litten. Kirschbaum muß einräumen, daß er nicht die geringste Unterlage hatte für die Behauptung, die Zahlmeister hätten russisches Geld gehabt. — Oberst Reinhard erklärt nochmals, daß er keine Ahnung von dem Vöhungsausschuss gehabt habe. Es liege eine Bekleidung von Umständen vor, die nicht vorzuzusehen waren. (Das ist unwahr. Denn in einem Befehl zur Aufhebung der Matrosen ist ausdrücklich von einem „Vöhungsausschuss“ die Rede!) Zu Beginn seiner Vernehmung hat Oberst Reinhard das auch zugegeben! Der Vorsitzende hält es nicht für nötig, ihn daran zu erinnern! Den Hauptmann v. Kessel versucht er rein zu waschen, indem er ihn als einen bewährten Kriegsoffizier darstellt. Noch weitergehend versucht Oberst Reinhard die militärpolizeiliche Tätigkeit Kessels für die Regierung Ebert—Noske rühmlichst hervorzuheben. Er nennt die Aufhebung des Roten Soldatenbundes als eine verdienstliche Leistung Kessels. Diese Angabe des Obersten Reinhard zeigt die ungemene Leichtfertigkeit, mit der ein Mann von solch verantwortlicher Stellung eine eidliche Aussage macht. In mehrtägiger Verhandlung ist in dem Prozeß gegen den „Roten Soldatenbund“ schon vor mehreren Monaten festgestellt worden, daß die Tätigkeit des Hauptmann v. Kessel eine völlig verfehlte war, und daß eine große Anzahl von Personen auf Grund falscher Spitzelberichte monatelang unschuldig in Untersuchungshaft gehalten worden sind. Sämtliche Angeklagten sind in dem Prozeß gegen den „Roten Soldatenbund“ freigesprochen worden. — General von Dergener erklärt, daß er nach Kessels Andeutungen über die hohen Persönlichkeiten, die hinter ihm stehen, annahm, daß es sich um den Reichswehrminister Noske handelte. Auf direkteste Fragen befreit Kessel, mit Noske und dem Reichspräsidenten in Verbindung gestanden zu haben. — Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Unter allgemeiner Spannung erhält das Wort zu seinem Plädoyer der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer. Tatsächlich spricht er aber weniger als Vertreter einer Anklage, sondern in erster Reihe als Offizialverteidiger von Reinhard und Kessel. Er entschuldigt sich zunächst gegen den Vorwurf, daß er die Anklage nicht auf Mord erhoben habe und sucht zu begründen, warum er auf Totschlag plädierte. Kriegsgerichtsrat Meyer gibt zu, daß die Erschießung der Matrosen ungeschicklich war, und er hält es für die vornehmste Pflicht des Staates, für die Hinterbliebenen der Erschossenen zu sorgen. Dr. Meyer geht dann auf die einzelnen Punkte der Beweisaufnahme ein und behauptet, Oberst Reinhard habe nur allgemeine Befehlsanweisungen gegeben, er versprach sich dann aber, indem er selber von den beiden Offizieren, welche diese Anweisungen gegeben haben, als Befehlsträger spricht. Bezüglich des zweiten Punktes der Anklage, unerlaubter Entfernung, verteidigt sich Marloh, daß er auf den Druck seines Vorgesetzten v. Kessel gehandelt habe. Die beiden Offiziere aber seien gleichartig. Einen Vurschen würde er durch einen solchen Befehl seiner Vorgesetzten gebückt halten, nicht aber einen Offizier, der selbst prüfen könne. Bezüglich der Urkundenfälschung hält er nicht die Anfertigung, aber den Gebrauch einer falschen Urkunde für gegeben. Schließlich bittet er bezüglich der Strafzumessung, Marlohs gesamtes Vorleben und Vergangenes als Offizier in Erwägung zu ziehen. Oberleutnant Marloh sei das Opfer einer unglückseligen Vertretung von Zufällen in einer unheilvollen Krankheitszeit gewesen. Marloh habe den Kopf verloren und sei ein Opfer der Verhältnisse, man kann ihm mildernde Umstände nicht versagen. Aus diesen Gründen hält er für den erfolgten Totschlag eine Strafe von drei Jahren Gefängnis für ausreichend. Für die unerlaubte Entfernung beantrage er die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis, für die Urkundenfälschung die Strafe von einer Woche Gefängnis. Es bittet um eine Gesamtstrafe von drei Jahren zwei Monaten Gefängnis, von denen zwei Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten sollen, so daß die zu verbüßende Strafe drei Jahre Gefängnis be-

trägt. Außerdem beantrage er Dienstentlassung. Rechtsanwalt Grünspach erklärt die furchtbare Tat, der 29 blühende Menschen zum Opfer gefallen, nicht verteidigen zu wollen. Es handele sich um eine Tragödie der Disziplin, da der Angeklagte auf Befehl gehandelt hat. Es ginge nicht darum, den Angeklagten der Parteilichkeit zu opfern, sondern es müsse geprüft werden, ob der Angeklagte wirklich derjenige sei, welcher das Unglück verschuldet hat. Als roter Faden zieht sich nun durch das Plädoyer des Verteidigers Grünspach, daß es Noske war, der durch seine unbestimmten Befehle die Hauptverantwortung für die Vorkommnisse am 11. März trage. Sodann aber sucht Rechtsanwalt Grünspach alle Schuld dem Hauptmann v. Kessel zuzuschreiben, während auch er den Oberst Reinhard zu entlasten sucht, weil er glaubt, so den Interessen seines Mandanten zu dienen. Er wirft v. Kessel Lüge und Meineid vor. Kessel habe durch sein Drängen auf eine Flucht Marlohs sein Schuldbewußtsein deutlich verraten. Er erklärt, daß seinem Mandanten zweifellos subjektiv das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt hat und bittet um Freisprechung. — Rechtsanwalt Kistath beruft sich zur Verteidigung Marlohs auf die Vorschriften über den Waffengebrauch; er weist darauf hin, daß sich unter den Erschossenen ein Mann befunden habe, der wegen militärischen Verbrechens, tätlichen Angriffs gegen Vorgesetzte zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt war. Hauptmann v. Kessel habe es an Verantwortungslosigkeit gefehlt. Auch er bitte, Marloh freizusprechen. — Kriegsgerichtsrat Meyer behauptet, daß der Angeklagte sich nicht entfernen durfte. Marloh hat das gesamte Gerichtsverfahren für eine Farce, für ein Theater gehalten. Ihn selber sei die Untersuchung ernst gewesen. Es sei ihm natürlich unsympathisch gewesen, gegen einen Offizier wie Marloh eine Anklage auf Urkundenfälschung zu erheben. Was den Totschlag anbelangt, so haben die Leute bei der Musterung ein solches Maß von Willigkeit bewiesen, daß der Angeklagte sich nicht in einem solchen Maße bedroht mehr fühlen konnte, daß er zum Waffengebrauch berechtigt war. Auch hatte er Verstärkung bekommen, selbst wenn er einen direkten Befehl gehabt hätte, so hätte er sich vergewissern müssen, ob der befehlgebende Vorgesetzte auch jetzt noch unter den veränderten Umständen seine Ausführung wünschte. — Rechtsanwalt Grünspach bittet nochmals die Richter um Freisprechung. Die Gerichte seien die einzige unbestechliche Organisation in dem wogenden Meer der Unfittlichkeit der Gegenwart. Der Angeklagte erklärt in seinem Wort, daß er befehlsmäßig gehandelt habe, er habe damals die Matrosen für Meuterer gehalten. Zu seinem Bedauern habe sich herausgestellt, daß tatsächlich unschuldige Menschen erschossen worden sind. Bei seiner Flucht glaube er auf Befehl und im Staatsinteresse zu handeln. Zu der Benutzung der Urkunden hielt er sich aus gleichen Gründen berechtigt.

Der Kronprinz und sein Papa

Den Rautskyaften entnehmen wir folgende zwei Schriftstücke:

Rautsky Aktenstück 84: (Telegramm).

Der Reichskanzler an den Kaiser

Sohenfinow, 20. Juli 1914.

Eurer Majestät muß ich alleruntertänigst meiden, daß seine Kaiserliche Hoheit, der Kronprinz entgegen den gestern erteilten und von ihm auch akzeptierten Ratschlägen neuerdings wieder mit telegraphischen Rundgebungen an die Öffentlichkeit zu treten beginnt. So hat Seine Kaiserliche Hoheit in der letzten Woche sehr warme Zustimmungstelegramme an den Oberleutnant a. D. Frobenius zu der von ihm verfaßten Broschüre „Des Reiches Schicksalsstunde“ und an den Professor Buchholz in Posen zu einer von diesem in Broschürenform vertriebenen Bismardrede gerichtet. Frobenius weist zutreffend auf die schwierige Lage Deutschlands hin, gefällt sich aber gleichzeitig in alldentschen kriegshegerischen Uebertreibungen. Buchholz benutzt eine von glühendem Patriotismus getragene Subjektivität vor dem großen Kanzler zu heftigen Angriffen auf die Männer, denen Eure Majestät verantwortungsvolle Ämter übertragen haben. Beide Telegramme sind in der

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

43)

Jordan schmunzelte, als er dies las. Es freute ihn, daß Herta ihn zurückrief. Bei aller Reue sprach doch aus diesen Zeilen ein Bedürfnis nach ihm. Da war etwas, was sie und ihn gegenseitig anzog. Freilich, kam man dann zusammen, so stoben auch gleich die Funken. Es gerieten dann eben zwei Individualitäten aneinander, die es nicht so leicht hatten, sich misammen einzuleben. Dieses verurteilte Ding hatte Schick, eine Leichtigkeit, die verfahrenste Sache wieder einzurichten. Es machte ihr nicht die geringste Schwierigkeit, auf Peinlichkeiten spielerisch und selbstironisch zurückzukommen. Sie nahm eben alles leicht und besaß hierin die höchste Lebensphilosophie. Wenn man doch hiervon lernen könnte! Wenn er jetzt an Rosalinde einen ähnlichen Brief richtete, in dem er mit humoristischem Anlauf über ihrer beiden Unstimmigkeiten hinwegvolitierte — nein — sie würde es nicht verstehen, würde nur noch tiefer darüber verstimmt sein, daß er die Angelegenheit weniger blutig ernst nahm als sie, Linda, selbst.

Entsetzlich — diese tiefsten Leute! Schwer war das Leben mit ihnen. Rosalinde war gewiß eine hochachtbare Frau mit allen Vorzügen der Zuverlässigkeit — aber ihr fehlte durchaus die Grazie, fehlte die Beweglichkeit des Geistes, fehlte der Humor. Von alledem hatte Herta, wemgleich sie sonst natürlich in keinem Punkte den Vergleich mit Rosalinden ausschloß. Nicht in einem Atem zu nennen, die beiden. Und doch — Herta war der Magnet, während man zu Rosalinden stets mit beengtem Gewissen, also ungern und gezwungen kam.

Was also nun — mit Herta? So stark sie lockte, Jordan war entschlossen, sie eine ganze Weile zappeln zu lassen. Sie durfte nicht den Eindruck haben, daß sie nur zu winken brauchte, um ihn zu zittern. Er wird vorerst überhaupt keine Antwort geben. Ja — da hatte sie nun aber auf seine Veranlassung die neue Wohnung mit Küche und Telefon übernommen. Jordan hatte ihr tausend Mark pro Monat zugesagt und konnte sie doch hiermit nicht sogleich einfach im Stich lassen.

Das war gegen den Anstand. Er legte also einen Tausendmarkschein in einen Briefumschlag und sandte das Geld ohne ein weiteres Wort an Hertas neue Adresse.

Er fühlte wohl, daß diese Form etwas Demütigendes für die Empfängerin hatte, und war in hohem Grade darauf gespannt, ob sie das empfinden und in welcher Art sie darauf reagieren würde.

Als Jordan gegen Abend heimkam, wartete seiner eine große Ueberraschung. Der Diener meldete, die gnädige Frau sei für einige Zeit zu ihrem Bruder, dem Fürstbischof von B . . . gereist.

Jordan war wie vom Donner gerührt. Fort — Rosalinde fort. Ohne Abschied — ohne ein Wort — eine Zeile — einfach fort zu ihrem Bruder . . .

Jordan hätte eher erwartet, der Himmel werde einstürzen, als daß dieses geschah. Rosalinde — das Pflichtbewußtsein in Person, verließ ihren Posten.

Das bewies nicht mehr und nicht minder, als daß auch sie das seelische Gleichgewicht völlig verloren hatte und in eine Krise geraten war. Was bedeutet, was bezweckt diese Flucht? An Scheidung konnte die Frau nicht denken, denn eine solche gab es nicht für fromme Katholiken.

War Rosalinde hinter seinen Ehebruch gekommen? Hatte sie die Spuren seiner Beziehungen zu Herta aufgedeckt?

Jordan entsetzte sich vor diesem Gedanken und verwarf ihn auch sogleich.

Freilich — das Eine mußte bestehen und als sicher angenommen werden: Rosalinde hatte gespürt, das etwas Feindliches zwischen sie und ihren Mann getreten war. Es war durchaus nicht notwendig, daß sie wußte, wer oder was das gewesen.

Ihre plötzliche Abreise bedeutete den Einspruch, den sie gegen die Behandlung erhob, die Jordans feindselige Gereiztheit ihr zu bieten gewagt hatte.

Bei dem Ausbruch ehelichen Zwistes in jener Nacht, in der sie ihres Mannes späte Heimkehr abgewartet hatte, erwiderte sie wenig auf seine Beleidigungen, denn die verstörte Entrüstung, mit der sie Jordans Angriffe hinnahm, ihr tief verletzter Stolz, schlossen ihr den Mund.

Diese Flucht aber sprach laut und eindringlich. Obgleich sie nun das leichtverständliche Anzeichen einer sehr ersten Verwicklung war, und obgleich Jordan im ersten Augenblick, da er davon erfuhr, plötzlich erschrocken war, so drückte ihn die Sache doch ungleich weniger nieder, als eigentlich anzunehmen gewesen wäre.

Freilich, das übersah der Mann im Augenblick: Es ging wiederum ein soeben erst gefalteter Plan in die Brüche: Ihn würde es nicht vergütend sein, mit Rosalinden in Frieden zu leben und nebenher das Glück zu genießen, Herta zu behalten.

Es war ihm wohl nicht gegeben, solch eine Doppelexistenz zu führen. War Herta sein, oder — da sie die Stärkere zu sein schien, war er ihr eigen, so fühlte Rosalinde die feindliche Macht, die gegen sie um den Besitz des Mannes stritt. Sie fühlte diesen Gegenpol, so heiß Jordan sich auch bemühte, die eigene Frau vor jeder Kränkung und Verletzung zu bewahren.

Das aber war nicht zu erzwingen. Denn trug er die Andere in seiner Sehnsucht, so schwang in seinem Tone Rosalinden gegenüber sofort etwas Feindliches, Gehässiges, Bitteres, das sein Blick nicht minder aussprach, wenn er sich kalt und abweisend auf die Lebensgefährtin richtete.

Da nützte weder Wille noch Vorsatz. Galt keine gespielte und angenommene Herzlichkeit.

Der elementare Spürsinn der Frau erwitterte die Unrechtlichkeit der vorgetäuschten Empfindung und erfüllte die ganze Eiseskälte, die sein ihr nun ganz abgewendetes Herz ihr entgegenhauchte. Allen diesen Peinlichkeiten entrückte Rosalindens Abreise den verirrten Mann fürs erste.

Da der Trieb zu Herta ihn wieder stachelnd peitschte, so amete Jordan vorerst auf, den vorwurfsvollen Mahner u. d. Wächter daheim für einige Zeit los zu sein und endlich einmal unabhängig über sein Kommen und Gehen verfügen zu können.

Freilich — die Tage der Freiheit konnten knapp sein, und Rosalinde schleunigst zurückkehren, da als sicher anzunehmen war, daß ihr Bruder, der Kirchenfürst, sie zu raschster Rückkehr auf ihren Posten veranlassen würde.

Vielleicht — vielleicht war sie morgen schon wieder zurück — und er — Jordan — verlor kostbare, unwiederbringliche Zeit mit falschen Manövern.

Herta hatte ihn gerufen — und er ging nicht zu ihr — wollte sie zappeln lassen, kokettierte mit geheuchelter Kühle, während tausend Stachel ihn jagten, sofort und auf der Stelle zu ihr zu stürzen, in ihre Arme zu eilen, die ihm ja doch gleich geöffnet waren.

Ein Angstgefühl ergriff den Mann. Er sprang von seinem einsamen Diner, dem Rosalindens leerer Sessel gespenstisch anwohnte, febril auf und eilte in sein Arbeitszimmer.

Er machte Licht.

(Fortsetzung folgt.)

Presse veröffentlicht. In Sonderheit dasjenige an Grobenius ist von der englischen, russischen und französischen Presse als Zeichen dafür angesehen worden, daß der Kronprinz sich in einem Gegensatz zu der Politik Eurer Majestät stellen und daß er zum Kriege treibe. Aus zuverlässiger Quelle weiß ich aber auch, daß in Regierungskreisen der Triple-Entente dieses Hervortreten des Kronprinzen als ein bedenkliches Symptom ernste Beachtung findet.

Ich habe mir erlaubt, Seine Kaiserliche Hoheit in einem längeren Briefe dringend zu bitten, von derartigen Kundgebungen abzusehen, die ohne Kenntnis der momentanen politischen Situation und der diplomatischen Zusammenhänge abgefaßt, nur geeignet seien, die Politik Eurer Majestät zu kompromittieren und zu kontrefarieren. Dabei habe ich auf die momentan gespannte Lage ausdrücklich hingewiesen. Ich habe keinerlei Sicherheit dafür, daß Seine Kaiserliche Hoheit diese Bitte erfüllt, besorge vielmehr ernstlich, daß Höchstderfelde, wenn jetzt das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt wird, mit Kundgebungen hervortreten möchte, die nach allem Vorausgegangenem von unseren Gegnern als gewollte Kriegstreiberei angesehen werden, während es doch nach Eurer Majestät Befehlungen unsere Aufgabe ist, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren. Die Lösung dieser Aufgabe ist schon an sich so schwierig, daß auch kleine Zwischenfälle den Ausschlag geben können. Ich wage deshalb, die untertänigste Bitte auszusprechen, Eurer Majestät möchte Seine Kaiserliche Hoheit jegliches politisches Hervortreten huldvollst unterlassen.

Aueruntertänigst

v. Bethmann Hollweg.

Der Kaiser an den Kronprinzen

Salholm, 21. Juli 1914.

Ich erhalte soeben vom Reichskanzler folgendes Telegramm: „Euer Majestät muß ich aheruntertänigst melden... (Wortlaut wie vorher, dann weiter):“

Ich appelliere an Dein Verständnis dafür, wie außerordentlich peinlich und schmerzlich es mir sein muß, daß Du trotz Deiner mir gegebenen Versprechungen schon wieder durch Dein Verhalten den Reichskanzler zwingst, mir solche Bitten vorzutragen. Ich appelliere ferner an Deine Pflicht und Dein Ehrgefühl als preußischer Offizier, das gegebene Versprechen unbedingt zu halten und erwarte mit aller Bestimmtheit, daß Du Dich besonders jetzt bei der Spannung der Lage sowie hinfort überhaupt jeglicher politischer Äußerung Dritten gegenüber, die nur geeignet sind, meine und meiner verantwortlichen Ratgeber Politik zu stören, ein für allemal enthalten wirst.

Papa Wilhelm.

Ein Dreifesselmann

In der Regierungssozialistischen Fraktion des badischen Landtages sitzt der Nachfolger Dr. Franks, der Justizminister a. D. Ludwig Marum. Er ist Rechtsanwalt, Staatsrat und Abgeordneter. Als Anwalt vertrat er in einem großen Schieberprozeß einen Hauptangeklagten und beantragte seine Freisprechung, während an demselben Tage ein von ihm mitunterzeichneter Aufruf erschien, der die Staatsanwälte und Richter zu schwerster Bestrafung aller Schieber aufforderte. Jetzt hat die regierungssozialistische Fraktion im Landtag einen Antrag gestellt, der zur Ausrottung des Schiebertums schwere Freiheitsstrafen durch besondere Gerichtshöfe verlangt. Abg. Marum begründete ihn im Auftrage der Fraktion. Dieser Dreifesselmann wurde dann auch durch den bürgerlichen Abgeordneten Fischer gebührend charakterisiert unter allgemeiner Heiterkeit. Die Fraktion scheint den Mann strafweise zu diesem Spießrutenlauf gezwungen zu haben. Ob's nützen wird?

Schweden

Vor großen Kämpfen

Die schwedischen Gewerkschaften haben sich kürzlich über ihre Arbeit im kommenden Jahre verständigt. Das Land leidet ebenso unter den Folgen des Krieges, in dem es neutral bleiben konnte. Die Lebenshaltung ist, wie überall, rasend verteuert. Die bisherige Steigerung der Löhne hat keinen Ausgleich gebracht, sodaß die Arbeiter keineswegs auf Rosen gebettet sind. Dazu kommt, daß auch der Achtstundentag erst in wenigen Industrien eingeführt wurde. Die Gewerkschaften bereiten deshalb für den Januar kommenden Jahres große Aktionen vor, die vor allem die Erhöhung der Stunden- und Affordblöhne sowie die generelle Einführung der Achtstundenschicht zum Ziel haben.

Belgien

Belgiens Sozialisten für die 2. Internationale

Der außerordentliche Kongreß der Sozialisten Belgiens hat nach einem Referat Vanderveldes den Beschluß gefaßt, daß sich die belgischen Sozialdemokraten am 2. Februar 1920 am Internationalen sozialistischen Kongreß in Genf beteiligen werden. Der Kongreß werde sich mit dem Statut der Internationale, mit der Frage der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg und mit der allgemeinen internationalen Politik, also auch mit dem politischen Regime des Sozialismus und mit der internationalen Arbeitergesetzgebung und schließlich mit der Frage Demokratie oder Diktatur beschäftigen. Der Kongreß werde auch von der Organisation der Presse und von der Schaffung eines internationalen Telegraphenbureaus sprechen.

In und um Elbing

Aufruf!

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Gedenken wir in diesen Tagen auch der Opfer der Revolution, aller derer, die mit ihrer Person für die Sache des Proletariats eingetreten sind. Tausende schmachten in Gefängnissen und Schutzhaft. Ehrensache der Unabhängigen Sozialdemokratie ist es, diesen Klassengenossen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Parteigenossen! Sammelt allerorten Geld und sonstige Gaben und übergebt sie den örtlichen Organisationsleitungen, die sich mit den Bezirksleitungen über die Verteilung verständigen werden.

Das Zentralkomitee

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wie sie in Deutschland haufen

Die Elbinger Delegierten zum Parteitag berichten folgenden Vorfälle, den sie auf der Fahrt nach Leipzig erlebt haben. In dem Zuge waren auch Angehörige der Vermont-Armee, welche auf Urlaub fuhren. Als nun der Schaffner des Zuges in höflicher Form um den Fahrchein zur Kontrolle bat, waren zwei Mann darunter, die sich dem widersetzen, weil sie überhaupt nicht im Besitze eines Fahrcheines waren. Sie beleidigten auf grösste Art und Weise und wurden handgreiflich. Der eine zog plötzlich eine Handgranate und bedrohte damit die Umgebung. Fluchtartig leerte sich das Abteil. Das sofort benachrichtigte Kommando des Zuges mußte zur Waffe greifen und einen Schreckschuß auf die Gesellschaft abgeben. Dann erst konnten die Strolche verhaftet werden. Auf's neue zeigt dieser Vorfälle, was die Arbeiterschaft von solchen Elementen zu erwarten hätte wenn sie in die Reichswehr aufgenommen würden. Nur unsere Regierung, an der Spitze Herr Noske, wollen diese Landesverräter nicht fallen lassen. Die Vermont-Leute erklärten, die deutsche Regierung müßte ihnen das Vermont-Geld, das sie in Masse besaßen, umlaufen. Sonst würden sie Noske auf den Kopf steigen. Wer soll's bezahlen? Die Arbeiterschaft. Sie ist letzten Endes dabei der Leidtragende!

An die Mütter

Frauen des arbeitenden Volkes! Mütter!

Kauft euren Kindern keine Bleisoldaten.
Kauft euren Kindern keine Uniformen.
Kauft euren Kindern keine Mordwaffen.
Kauft euren Kindern keine Bücher, die den Mord für ein Vaterland als Heldentum verherrlichen!
Pflanzt euren Kindern Haß in die Seele!
Haß gegen den Militarismus.
Haß gegen Zwangsmordknechtschaft.
Haß gegen slavischen Untertanenfinn!
Mütter, bedenkt: Spielzeug ist Erziehungsmittel!
Bleisoldaten, vaterländische Heldentümer, patriotische Fahnen sind kapitalistische Erziehungsmittel, bringen den Kapitalisten Profit und beeinflussen die Kinder im anti-sozialistischen Geiste!
Das Kind sozialistischer Eltern darf auch im Spiele keine Freude am Ueber-den-Haufen-schießen haben.
Proletarische Eltern und Mütter, heraus aus der Kirche!
Befreit eure Kinder von dem Fürstentumskatechismus, der da lehrt:

Seid untertan der Obrigkeit!

Befreit eure Kinder vom Bazillus des Untertanentums, das willig mordet und sich morden läßt.
Wirft den seelenergigenden Lehren der heutigen Klassenschulen entgegen.

Erzieht eure Kinder zu freien, denkenden, willensstarken Persönlichkeiten, die immer revolutionären, immer das Alte stützen, das Neue annehmen, immer ihre Umwelt ändern und veredeln!

Erzieht Revolutionäre, Sozialisten, Menschen!

Marie Griesbach, Worpsswebe.

Volkshochschule Elbing

Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet zum Abschluß der Frauenvorträge von Fräulein Gewerbelehrerin Schaeffel ein Lichtbildervortrag statt. Die Lichtbilder sollen den Hörerinnen der beiden Vorträge „Richtlinien für die Säuglings- und Kinderpflege“ und „Die Frau in der Kinderstube“ eine Veranschaulichung und Vertiefung des gesprochenen Wortes bieten. Aber auch allen anderen Frauen und Mädchen ist der Besuch dringend zu empfehlen, denn die Bilder zeigen in vorzüglicher Klarheit die richtige Pflege und Behandlung des Kindes und jedesmal als Gegenbeispiel die falsche Versorgung und ihre Schäden. Auch die Bilder aus der Kinderstube können mannigfache Anregung geben. Die Lichtbilder, die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin entliehen wurden, trafen mit großer Verspätung ein und können daher erst jetzt gezeigt werden.

Elbinger Polizeinachrichten

Auf eine eigenartige Weise kam ein Bäuerlein aus der Umgebung um seine neuen Stiefel. Der Besitzersohn F. aus Weinsdorf brauchte notwendig ein paar neue Stiefel. Da bei der anerkannten Geldknappheit der Landwirte bares Geld nicht vorhanden war, mußte das Bäuerlein wohl oder übel Mehl verkaufen, um so zu dem notwendigen Kleingeld zu kommen. Es fand sich auch ein Liebhaber aus hiesiger Stadt, der zirka 130 Pfund zum Preise von 2,50 Mark pro Pfund aus Mitleid dem Armen abkaufte. Leider erfuhr die böse Polizei von diesem eigenartigen Geschäft und beschlagnahmte sowohl das Mehl als auch das Geld. So kam nun der Bauer um seine Stiefel und der andere um sein Mehl.

Ostdeutsche Nachrichten

Wie es einem Soldaten ergehen kann

Es wird uns ein Brief zur Verfügung gestellt, den ein Reichwehrsoldat aus Danzig an seinen in Langendreer wohnenden Vater geschickt hat. Darin ist geschildert, wie der Soldat im Februar dieses Jahres wegen Arbeitslosigkeit sich freiwillig zum Grenzschutz meldete und wohin er verschlagen wurde. Stiefel, Mantel und Schuhe konnten ihm wegen Mangel an diesen Sachen nicht gegeben werden, die fehlenden Sachen sollten ihm später verabfolgt werden. Im Laufe der Zeit nutzte er seine eigenen Sachen vollständig ab; weil er nicht mehr darin zu laufen vermochte, kündigte er. Nun kamen gerade neue Bekleidungsstücke bei seinem Bataillon an. Die Offiziere versorgten sich zuerst reichlich, das übrige sollten die Mannschaften bekommen. Unser Gewährsmann verlangte gleichfalls ein paar Stiefel, es wurde ihm aber bedeutet, daß er in Kündigung stehe und folglich keine Ansprüche mehr hätte. Er war gerade auf der Kammer, als ein anderer Soldat ein paar ausrangierte Stiefel zurückbrachte. Diese Stiefel nahm er mit zu dem diensttuenden Leutnant und bat diesen sie für seine eigenen total verschliffenen Stiefel behalten zu können. In diesem Moment trat der Feldwebeldienstler hinzu, der sagte: Die Stiefel sind für einen anderen bestimmt, und außerdem hat der Mann gekündigt. Dann befahl er dem Soldaten, die Stiefel auszugeben und weil jener das nicht sofort tat, sprang auch der Leutnant hinzu, hielt dem Mann den Revolver auf die Brust und wiederholte den Befehl. Dieser befolgte ihn. Darauf machte der Feldwebeldienstler die Bemerkung: Der Mann

hat beim Stiefelausziehen eine Handbewegung nach dem sich in einer Ecke befindlichen Gewehr gemacht. Dieses befand sich drei Schritte entfernt, hinter dem Soldat. Seine Schreckbewegung wurde von dem Feldwebeldienstler als Bewegung nach dem Gewehr aufgefaßt.

Obwohl nachher mehrere Zeugen diese Behauptung für irrtümlich erklärten, wurde der Mann vom Kriegsgericht wegen Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und tätlichen Angriffs zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. „Milbernd“ wurde erwogen, daß der Angeklagte noch sehr jung und unbestraft sei. Der Vater des jungen Mannes hat schon zwei Gnadengesuche eingereicht, die aber bislang ohne jeden Bescheid geblieben sind.

Beim Militär herrschen noch genau dieselben Zustände, wie unter dem alten wilhelminischen System. Wehe dem, der in die zermalenden Räder dieser Militärgerichtsbarkeit gerät. Die kennt kein Volksempfinden, sondern nur starre, unbarmherzige Buchstaben. Ausgenommen, der Angeklagte heiße Marloh.

Maschinengewehre gegen Landarbeiter

Aus dem Kreise Flatow wird uns geschrieben:

„In Klutow bei Flatow in Westpreußen ist am 9. Dezember ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, weil sich der prinzipielle Domänenpächter Hahlweg weigert, den Betriebsauschuß anzuerkennen. Es waren Streitigkeiten zu regeln bezüglich Lohn, Deputat und Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern. Der Ausschuß wollte verhandeln, aber dieser Agrarier lehnte das ohne weiteres ab, weil er ganz genau wußte, daß der Landrat ihm treulich zur Seite steht. Der Landrat hat am 8. Dezember eine frischmolkende Kuh von diesem Herrn geliefert erhalten. Als am 9. Dezember die Arbeiter beschloffen hatten, in den Streik zu treten, schickte der Landrat 40 Noskegardisten mit vier Maschinengewehren und Handgranaten raus. Die Leute wurden aus ihren Wohnungen geholt, ihnen der Revolver auf die Brust gehalten und sie gefragt, ob sie arbeiten wollten. Die Antwort war: Ja, wenn die Forderungen bewilligt werden. Darauf wurden 17 Landarbeiter verhaftet und nach Flatow vor den Amtsrichter geführt. Vorne und hinten schwer bewaffnete Noskegardisten eskortierten den Zug, als wenn lauter Mörder und Verbrecher daher kämen. Vorher wurden die Leute und die Wohnungen nach Waffen untersucht. Die anderen Leute folgten, ebenso Mädchen und Burschen, mit zum Amtsgericht. Der Amtsrichter konnte kein Verbrechen feststellen und — entließ alle. So sieht das Koalitionsrecht der Landarbeiter aus nach einem Jahr Revolution. Wenn sie ihre Rechte beanspruchen, sollen sie mit blauen Bohnen gefüttert werden. Die Arbeiter haben sich nicht schrecken lassen. Sie sind einstimmig, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Soldaten verschwunden sind und sie erlangt haben, was ihnen zusteht. Auf Vorstellung beim Landrat, warum das Militär eingreift, antwortete er, daß die Volksernährung gefährdet sei, das Gut liefere 150 Liter Milch nach Schneidemühl. Daß der Landrat aber ein Schwein in seinem Keller schlachten läßt und öfter einen Hammel, und gelegentlich eine frischmolkende Kuh von Hahlweg bezieht und daß vor einigen Tagen bei Hahlweg eine Tafel von 45 Gästen war, welche 5 Tage lang dauerte, darunter hat die Volksernährung wohl nicht gelitten? Wenn zehntausende Zentner Kartoffeln eingefroren sind und Herr Hahlweg nach Duisburg 4 Waggon „Saattartoffeln“ sendet, darunter leidet die Volksernährung auch nicht. Die Landarbeiter sind gewillt, den Kampf aufzunehmen, der ihnen aufgezwungen ist. Wenn in nächster Zeit nicht das Militär verschwunden ist, werden die Landarbeiter auf den anderen Gütern folgen. Sie wissen, es geht um ihre Menschenrechte.“

Die rebellierenden Landsknechte

Telegraphen-Union verbreitet folgende Depesche aus Danzig: In Westpreußen untergebracht Baltikumtruppen, bestehend aus Teilen des Detachements Plewe und anderer versprengter Detachements, nahmen teilweise gegen die Regierung eine drohende Haltung ein. In einem Teil der westpreussischen Presse veröffentlichten sie eine Kundgebung, in der sie die Einlösung des Vermont-Geldes verlangen. Eine Absage würde katastrophale Folgen haben.

Nichts kann den wahren Charakter der Baltikumöldner besser enthüllen, als diese Haltung. Das deutsche Volk soll die klingenden Versprechungen einlösen, die der reaktionäre Abenteuerer Bermond-Awalow den Truppen machte — oder es kommt zu einer Katastrophe. Die Horden der Gegenrevolution wollen auf deutschem Boden ihr im Baltikum erprobtes System der Erpressung unter brutaler Gewaltanwendung fortsetzen. Ob Noske auch in diesem Falle mit bewaffneter Hand eingreifen wird? Wir glauben es nicht, denn die Reichsregierung hat den Landesverrättern bereits straflose Rückkehr und gute Belohnung versprochen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Meldung der Elbinger Zeitung von gestern. Danach sind Teile der Eisernen Division, umfassend zwei Bataillone Infanterie, zwei Maschinengewehrabteilungen und etwas Artillerie von Tilsit nach Memel transportiert worden, wo sie in Quartier gehen. Andere Teile der Eisernen Division und das Detachement Nosbach befänden sich im Anmarsch auf die Memeler Grenze. Die Deutsche Legion soll im Landkreis Tilsit Quartier nehmen. Einer früheren Meldung der Danziger Zeitung zufolge sollen im Durchgangslager Hammerstein 13.000 Mann untergebracht sein. Es scheint also, als ob die Provinzen Ost- und Westpreußen jetzt diesen Marodeuren ausgeliefert werden.

Vater und Sohn verhaftet

Seit längerer Zeit wurden auf dem Postamt in Belgard in Pommern Diebstähle ausgeführt; u. a. verschwand am 30. September ein Geldbrief über 16.000 Mark. Der Verdacht lenkte sich damals auf den Postauswechsler Kralow aus Belgard. Dieser wurde seit jener Zeit beobachtet. Jetzt nahm die Polizei eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des K., der bei seinen Eltern wohnt, vor. Das Geld, das der Vater an sich genommen hatte, wurde in einer Kiste unter Zigarren versteckt vorgefunden. K. gestand, den Geldbrief und verschiedene

Postpakete entwendet zu haben. Vater und Sohn wurden verhaftet.

Aus den Gerichtssälen

2 Monate Gefängnis wegen „Streikandrohung“

Da zur Zeit noch der Streik an sich kein kriminelles Vergehen darstellt, muß man die „Heher“ anders fassen: Man verknact sie wegen „Nötigung“, wenn sie einen Streik ankündigen, um einer Forderung Nachdruck zu geben. So wurde jetzt von der Strafkammer in Königsberg in Preußen der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Genosse Horn, wegen einer solchen Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 24. Juli waren in Tapiau anlässlich von Demonstrationen sieben Arbeiter auf Veranlassung des Landrates des Kreises Wehlau durch Grenzschutzsoldaten verhaftet worden. Genosse Horn wurde von den Angehörigen um Intervention gebeten und machte in einem Telegramm den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen darauf aufmerksam, daß die Landarbeiter, falls nicht die Freilassung der Verhafteten erfolge, in den Streik treten würden. Der Staatsanwalt unterstellte, daß durch diese Streikandrohung der Oberpräsident — Er heißt August Winnig! — in eine seine Willensfreiheit beschränkende Besorgnis veretzt worden sei und erzielte damit das Urteil.

Es ist doch nett von den Beamten der deutschen Republik daß sie pietätvoll an den alten Gedankengängen und der Klassenjustizpraxis festzuhalten wissen. Und sie obendrein an der mimosenhaften Empfindlichkeit eines rechtssozialistischen Oberpräsidenten üben.

Die Tabakspfeife

Ein jeder Mann im Deutschen Reich,
Ob kocher oder treife,
Ob er im Dalles oder reich,
Raucht jetzt 'ne Tabakspfeife.

Der reiche Mann kann leisten sich
Ein Pfeifchen erster Klasse,
Ans feinstem Meeresschaum sicherlich
Und anderer edler Masse.

Beforgt sich Tabak ohne Mühe,
Soviel er kann gebrauchen,
Aus übersee'schen Kolonien;
Braucht Heimatland nicht rauchen.

Doch wenn manch anderer braver Mann
Sich will sein Pfeifchen stopfen,
Greift, weil er sich's nicht leisten kann,
Zu Seegrass und zu Hopfen.

In Illusionen er sich wiegt,
Glaubt, er raucht feinste Schägge,
Bis er von Dunst benebelt liegt
In irgend einer Ecke!

Behandle stets dein Pfeifchen gut
Und halt es rein und sauber,
Ein saubres Pfeifchen Wunder tut,
Verschafft dir Wonnezauber!

Wenn du dein Pfeifchen bringst in Brand,
Schüt' es in allen Stücken,
Denn ist das Pfeifchen durchgebrannt,
Ist's nicht mehr auszufinden.

Tritt auch die Sorg' an dich heran,
Benimmt dir den Humor,
Dann zünd' dir schnell dein Pfeifchen an
Und qualm dir etwas vor.

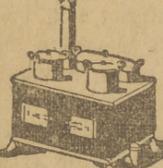
Dann schwindet Sorg' und Kimmernis
Und du kriegst wieder Mut,
Und dann mein Freund, glaub' ganz gewiß,
S' wird alles wieder gut.

Drum, wer zu schonen ist bestrebt
Sein Pfeifchen, der ist klug,
Der hat dann auch, so lang er lebt,
Sein Pfeifchen stets im Zug!

Marcuse-Elbing.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnik, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.



Spielwaren

in riesiger Auswahl

L. Wolf & Söhne

Alter Markt 35



Schulgelderhöhung an den Mittelschulen.

An den beiden hiesigen Mittelschulen (Altstadt. Knaben- und Altstadt. Mädchenschule) werden vom 1. Januar 1920 ab folgende erhöhte Schulgeldsätze erhoben:

- A. für einheimische Schüler:
- a) Ober- und Mittelfufe 92 Mk. jährlich,
 - b) Unterstufe 72 Mk. "
- B. für auswärtige Schüler:
- a) Ober- und Mittelfufe 150 Mk. jährlich,
 - b) Unterstufe 120 Mk. "

Elbing, den 5. Dezember 1919.
Der Magistrat.

Familien-Unterstützung.

Für die zweite Hälfte des Monats Dezember 1919 gelangt die Familien-Unterstützung am

Dienstag, den 16. Dezember 1919,
vormittags von 8—1 Uhr

in der **Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 7,** zur Auszahlung.

Es ist der Nachweis zu führen, daß sich der Ernährer noch im Heeresdienst oder in Gefangenschaft befindet und nicht der Reichswehr angehört.

Elbing, den 9. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Lieferungsverband.

Fleischausgabe

für die Woche vom 8. bis 13. Dezember 1919:
Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte:
150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.
Amerikanisches Schweinefleisch kommt diese Woche nicht zur Ausgabe.

Elbing, den 11. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Margarine.

Die Margarine, welche am Freitag, den 12. d. Mts., zur Ausgabe gelangen sollte, ist bis jetzt nicht eingegangen, jedoch wird dieselbe nach Eintreffen sofort ausgegeben und erfolgt dann auch Nachlieferung für diese Woche.

Elbing, den 11. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Weiße Waschlittelzukunftsmärkte November

50 gr K.-A.-Seife, 20 Pfg.

250 „ K.-A.-Seifenpulver, 45 Pfg.

bei: Ernst Albrecht, Oskar Behrendt, Heinrich Dyck, W. Duwe, Max Koch, Fritz Laabs, Paul Link, Wasserstr. 52, Paul Pulewka, Kurt Penner, Sausse Nachfg., Walter Schulz, J. Staesz jun., Kurt Zahn, Fischerstraße.
Elbing, den 11. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Volkshochschule.

Gruppe B.

Fraulein Gewerbelehrerin Scheessel: **Vorführung von Lichtbildern zur Ergänzung der „Frauenvorträge“**
Donnerstag, den 11. Dezember, 8—9 Uhr abends im Festsaal der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule.
Eintritt gegen Vorzeigen der Karten zu den Frauenvorträgen frei, sonst 25 Pfg.

U. S. P. **Versammlungskalender** U. S. P.

III. Bezirk.

Freitag, den 12. Dezember, 6 Uhr abends im Volkshauses:
Bezirksversammlung.

Versammlungskalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Die erweiterte Ortsverwaltungssitzung findet am Sonntag nicht um 5, sondern um 3 Uhr statt.

Speisesalz

gebe noch ab
à Zentner 15 Mk.
Siegfried Eisenstädt.
Fernruf 262.

Zellulose-Wäsche

Sehr große Posten
Kragen, Manschetten, Vorhemden, werden fast verschenkt
Brückstraße 12.

Lichtspiel-Haus

Fleischerstraße 9.

Das Elite-Programm

mit

Henny Porten

Lotte Neumann

Der 1. Film der Neumann-Serie 1919/20:

Arme Thea

Nach dem weltbekanntem Roman von Rudolf Stratz in 6 Akten.

In den Hauptrollen:

Lotte Neumann :: Ernst Hoffmann.

Der 1. Film der Porten-Serie 1920:

Die beiden Gatten der Frau Ruth.

Ein Filmspiel in 4 Akten mit

Henny Porten.

Ein Kunstgenuß ohne gleichen ist dieses Programm.

Kassenöffnung 6¹⁵ Uhr. Beginn 6⁴⁵ Uhr.

Stadththeater Elbing

Donnerstag, den 11. Dezemb.:
Kindervorstellung

Der gettiefelte Kater.

Ein Weihnachtsmärchen für die Bühne bearbeitet in 5 Bildern von Sigmund Haag.

Freitag, den 12. Dezember:
Gastspiel des Herrn John

Röver-Königsberg

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten

von E. Kálmán.

Freitag: Fleisch- und Wurstverkauf.

Rosschlächterei

Georgendamm 15.

Spielwaren und Baumschmuck

in großer Auswahl bei

Anna Treuke

Leichnamstr. 144.

Kalenderblöcke zum Wiederverkauf

gibt billigt ab

F. Fitkau Nchf.

am Markttor.

Zigarren, Zigaretten

Weinen und Spirituosen

Hermann Penner, Zigarren- und Weinhandlung

Alter Markt 20 : Ecke Fischerstraße.

Brückstraße 12

Bis zum Feste und solange Vorrat, kommen

sehr preiswert

zur Abgabe an das Publikum:

Handschuhe (aller Art)
Krawatten
Hosenträger (echt stark Gummi)
Oberhemden
Müte

Mützen (aller Art)
Herrensokken

Feine Lederwaren zu Geschenken, sehr preiswert

Dauerwäsche

Brückstraße 12

Uhren-Reparaturen

werden sachgemäß in kürzester Zeit ausgeführt. Eilige Reparaturen sofort.

Emil Schaefer jun.

Uhrmacher, Gr. Zahlerstr. 8.

Gustav Dietschreit

Inh. Hermann Kusch

Elbing :: Innerer Mühlendamm 12

Zigarren

■ eigener Fabrik ■

Gegründet 1888

Gegründet 1888

wie altbekannt in den Preislagen

45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pf. usw.

Verkauf der billigen Zigarren: Dienstag und Freitag
vormittags von 9—11, nachmittags von 3—4^{1/2} Uhr.

Durch eigene Fabrikation von Zigarren bin ich in der Lage, gute reelle Ware für obig genannte billige Preise abzugeben.

Gleichzeitig empfehle ich zu Weihnachten mein **reichhaltiges Lager** in

Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake

sowie Pfeifen und sämtliche Ersatzteile

zu billigsten Preisen.

Briefpapier, lose und in

Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz

kompl. Schreibgarnituren

Löcher in Holz und Glas

Füllfederhalter, Aktentaschen

Brief- und Geldscheintaschen

Portemonnaies für Damen und Herren

Schreibmappen, Schreibunterlagen

Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben

Petschäfte, Siegellack, Tornister,

Schulmappen, Tafeln, Federkasten

Bilderbücher, Märchenbücher

Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien

Abreiß- und Umlegekalender

Christbaumschmuck in gestanzter Pappe

G.W. Petersen, Elbing

Alter Markt 33

Fernruf 846

Regenschirme

Spazierstöcke, Portemonnaies

in größter Auswahl bei

R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

1 Grammophon mit

Platten, fast neu, zu verkaufen

Schröder,

Neuß, Marienburgerd. 16, III.

Sportwagen

m. Gummibereifung, Hose für

16—18 Jahre, umgearb.

Militärstühle, Größe 43,

zu verkaufen Sternstr. 46, p.l.

Kleine Anzeigen

haben den größten Erfolg in

der Elbinger Volksstimme

Elbinger Standesamt

vom 11. Dezember.

Sterbefälle: Fabrik-

arbeiterin Auguste Mai, 62 J.

— Uhmacher Emil Theodor

Kriehn, 21 J. — Lehrerehe

Antonie Bludau geb. Haupt,

47 J. — Fabrikarbeiter Gott-

fried August Schwarzrock, 71 J.

— Fischereigeh. Frau Amalie

Franziska Alara Birth geb.

Musialowski, 31 J. — Fabrik-

arbeiter Karl August Dreher

62 J. —

63 J. —

64 J. —

65 J. —

66 J. —

67 J. —

68 J. —

69 J. —

70 J. —

71 J. —

72 J. —

73 J. —

74 J. —

75 J. —

76 J. —

77 J. —

78 J. —

79 J. —

80 J. —

81 J. —

82 J. —

83 J. —

84 J. —

85 J. —

86 J. —

87 J. —

88 J. —

89 J. —

90 J. —

91 J. —

92 J. —

93 J. —

94 J. —

95 J. —

96 J. —

97 J. —

98 J. —

99 J. —

100 J. —